

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 11.10.2011**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal, Marktplatz 2, 06100 Halle
(Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:35 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Martin Bauersfeld	CDU	anwesend bis 18:00 Uhr, ab 18:00 Uhr Vertreterin Frau Dr. Wünscher
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	Vertreterin ab 18:00 Uhr für Herrn Bauersfeld Ab 17:15 Uhr
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.	
Herr René Trömel	DIE LINKE.	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertreterin für Herrn Paulsen
Frau Katja Raab	FDP	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	
Herr Torsten Bau	SKE	
Herr Ralf-Jürgen Kneissl	SKE	
Herr Bertolt Marquardt	SKE	
Frau Petra Meißner	SKE	
Herr Andreas Riemann	SKE	
Herr Thomas Senger	SKE	
Frau Cathleen Stahs	SKE	
Frau Dr. Regine Stark	SKE	
Frau Dr. Christine Radig	Verw	
Herr Dr. Bernd Wiegand	Beigeordneter	Vertreter für Herrn Kogge
Herr Norbert Böhnke	Referent	
Herr Jürgen Zschocke	Verw	
Herr Uwe Weiske	Verw	
Herr Gert Hildebrand	Verw	
Frau Annett Hellwig	Volkshochschule	

Es fehlen:

Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertreterin Frau Krausbeck
Frau Heike Deuerling-Kalsow	SKE	
Herr Michael Rautzenberg	SKE	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	Vertreter Herr Dr. Bernd Wiegand

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Bildungsausschusses wurde von **Herrn Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, informierte, dass **Frau Lindner, Schulleiternratsvorsitzende der Grundschule „Rosa Luxemburg“**, um ein Rederecht zum TOP 4.2 gebeten habe.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., bat um eine Verständigung zur Zeitschiene bei der Behandlung der Vorlage zur Schulentwicklungsplanung, da die Stellungnahmen der Schulen und der Gremien erst bis zum 28.10.2011 vorliegen müssten, er empfahl, TOP 4.2 heute streichen und erst am 8.11.2011 die 1. Lesung durchzuführen.

Herr Hildebrand, Amtsleiter Schulverwaltungsamt, informierte, dass sich der Zeitplan aus dem Begleitschreiben vom 22.09.2011 zur zeitlichen Abfolge der Beratung insofern geändert habe, dass erst am 28.10.2011 die Stellungnahmen der Beteiligten vorliegen werden. Sie können dann sofort an die Stadträte weitergeleitet werden, um für die Beratung in der 2. Lesung am 08.11.2011 vorzuliegen.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., bat um Anhörung der Schulen im Ausschuss am 8.11.2011. (Antrag dazu unter 4.2.1)

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat um Abstimmung der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Tagesordnung: einstimmig zugestimmt

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, stellte den Antrag auf Rederecht der Vertreter der Grundschule „Rosa Luxemburg“ zum TOP 4.2

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 13.09.2011

4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Satzung der Volkshochschule Adolf Reichwein der Stadt Halle (Saale) und Entgeltordnung
Vorlage: V/2011/10026
 - 4.2. Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/11 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13
Vorlage: V/2011/09930
 - 4.2.1 Antrag des Stadtrates René Trömel (Fraktion DIE LINKE.) zur Möglichkeit einer mündlichen Anhörung von betroffenen Schulen im Rahmen der Schulentwicklungsplanung
Vorlage: V/2011/10173
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Bereitstellung von Schulwegplänen auf der städtischen Internetseite
Vorlage: V/2011/10020
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
 - 7.1. Umsetzung Konjunkturpaket II
 - 7.2. Bericht zur Einführung des neuen Schülertickets
 - 7.3. Bericht zur Schulsozialarbeit im Rahmen von Bildung und Teilhabe
V: Amt für Kinder, Jugend und Familie
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift vom 13.09.2011**

Herr Bau, SKE, bat darum, die Antwort der Verwaltung zur Vorlage Saline auch für den Bildungsausschuss und nicht nur für den Finanzausschuss ausgereicht zu bekommen.

Herr Böhnke, Referent des Beigeordneten für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, sagte zu, diese Antwort auch an die Mitglieder des Bildungsausschusses zuzustellen.

Herr Senger, SKE, bat darum, auf S. 9 seine konkrete Fragestellung, „... wenn die Behörde einen Fehler macht, muss nicht gezahlt werden ... „ zu ergänzen.

Herr Schachtschneider Ausschussvorsitzender, stellte die so geänderte Niederschrift zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.1 **Satzung der Volkshochschule Adolf Reichwein der Stadt Halle (Saale) und Entgeltordnung** **Vorlage: V/2011/10026**

Frau Hellwig, Koordinatorin der Volkshochschule, erklärte die Notwendigkeit der neuen, gemeinsamen Volkshochschul-Satzung und der Entgeltordnung, um die in der Kooperationsvereinbarung angestrebten Ziele zu erreichen und schrittweise gleiche Bedingungen bei der Umsetzung des Bildungsprogramms zu schaffen. Insbesondere die Begrifflichkeiten sind an den aktuellen Stand angepasst.

Frau Dr. Sitte, Fraktion DIE LINKE., fragte zur neuen Rolle des Koordinators und zur Synopse auf S. 7, 3. Absatz: der hier beschriebene Inhalt gehöre zum Kerngeschäft eines Vorgesetzten und sollte nicht delegierbar sein, ebenso fragte sie nach den nebenberuflichen Lehrkräften und den Honorarverträgen, diese sollen über eine Verwaltungsvorschrift geregelt werden, dennoch gebe es eine Entgeltordnung mit Preisen ab 1 € pro Stunde.

Frau Hellwig, Koordinatorin der Volkshochschule, erläuterte, dass die Kooperationsvereinbarung der Stadt Halle und des Saalekreises die Leitung an eine gemeinsame Koordinatorin für beide Einrichtungen übertragen haben, der von beiden Partnern bestellt wird. Die Abwicklung der haushalterischen Vorgänge in Halle erfolgt weiterhin über die Standortbeauftragte, insofern kann diese Befugnis der Koordinatorin delegiert werden. In der Verwaltungsvorschrift Honorarordnung werden die Honorare für die Dozenten geregelt, in der Entgeltordnung werden die Entgelte für die Nutzer geregelt. Die Entgelte bezeichnen „ab...Preise“.

Herr Bau, SKE, verwies auf § 2 der Entgeltordnung, S. 22 der Synopse und fragte: Wenn eine Mindestteilnehmerzahl von 10 Teilnehmern nicht erreicht wird, werden dann die Kosten auf alle Teilnehmer umgelegt? Bislang wurde in diesem Fall eine sachliche Prüfung vollzogen.

Frau Hellwig, Koordinatorin der Volkshochschule, erwiderte, dass es die Sachprüfung natürlich weiterhin geben wird.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte, ob bisher auch eine Umlegung der Entgelte erfolgte.

Frau Hellwig, Koordinatorin der Volkshochschule, bejahte diese Frage. Dies erfolgt mit Nachfrage bei jedem Teilnehmer. Sind nicht alle einverstanden, kann die Veranstaltung nicht stattfinden.

Herr Kneissl, SKE, fragte, ob mit der Änderung Leiterin in Koordinatorin eine Änderung der rechtlichen Stellung verbunden sei.

Herr Hildebrand, Amtsleiter Schulverwaltungsamt, führte aus, dass diese neue Bezeichnung durch das Rechtsamt geprüft sei und die leitende und koordinierende Funktion für beide Volkshochschulen hervorheben soll.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., merkte an, dass mit der Kooperationsvereinbarung bezüglich der Umlage der Einnahmen nach Postleitzahlen noch weiter gegangen werden sollte. Er hofft, dass dieser Weg perspektivisch auch gegangen wird.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, stellt die Vorlage zu beiden Punkten gemeinsam zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Satzung der Volkshochschule Adolf Reichwein der Stadt Halle (Saale).
2. Der Stadtrat beschließt die Entgeltordnung der Volkshochschule Adolf Reichwein der Stadt Halle (Saale).

zu 4.2 Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/11 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13
Vorlage: V/2011/09930

Herr Hildebrand, Amtsleiter Schulverwaltungsamt, sprach einführende Sätze zur Beschlussvorlage. Er erläuterte die einzelnen Beschlusspunkte der Vorlage. Diese Vorlage wurde den betroffenen Schulen, den benachbarten Landkreisen, den betroffenen Lehrerververtretungen sowie dem Stadteltern- und Schülerrat zur Beteiligung zugeleitet.

Herr Weiske, Sozialplaner, ergänzte, dass die pessimistische Prognose der 4. und 5. regionalen Bevölkerungsprognose für Halle nicht zutreffend war. Eine 6. Prognose wird durch das Land im nächsten Jahr vorgelegt. Die Geburten sind in den letzten Jahren leicht angewachsen. Dies setzt sich bis ca. 2015 fort. Ab dem Jahr 2015 wird eine Stagnation bzw. ein Rückgang erwartet. Die Geburtenrate wird dann um ca. 100 pro Jahr sinken, dies führt ab 2020 zu sinkenden Zahlen bei den Grundschulern. Grundschul- und Hortplanung ist künftig stärker zu verzahnen. Eltern von Grundschulern nehmen in größerer Zahl die Hortbetreuung wahr. Dies führt durch die notwendige Doppelnutzung an einigen Standorten zu Belastungen. Mit der vorliegenden Schulentwicklungsplanung (SEPI) sollen Verbesserungen erreicht werden, für deren Realisierung Fördermittel benötigt werden

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, erteilte **Frau Lindner, Elternratsvorsitzende der GS „Rosa Luxemburg“**, das Wort.

Frau Lindner, Elternvertreterin der Grundschule „Rosa Luxemburg“, erhob Einspruch gegen die Schließung der GS „Rosa Luxemburg“, mit der Begründung, dass viele Eltern ihre Kinder über Sondergenehmigungen in diese Schule geben oder ins Einzugsgebiet der Grundschule ziehen. Eine Schließung wäre ein Verlust in der halleschen Bildungslandschaft, da die Lehrer sich sehr engagiert um alle Kinder bemühen. Sie bittet um eine Möglichkeit zur Überprüfung, die Schule zu erhalten. Sie schlug vor, das Einzugsgebiet zu verändern um die Einschulungszahlen zu verbessern und die Bestandsgefährdung abzuwenden. Die Eltern laden die Mitglieder des Ausschusses in die Schule ein.

Herr Senger, SKE, machte eine Anmerkung zur Zeitschiene. Der Stadtelternrat wurde zur Anhörung aufgefordert, kann jedoch auf Grund der bevorstehenden Neuwahl die Stellungnahme nicht zeitgleich mit den Schulen abgeben. Er fragte nach der Möglichkeit, die Frist zu verlängern.

Herr Hildebrand, Amtsleiter Schulverwaltungsamt, äußerte, dass es richtig sei, dass die Meinungen der Schulen eingeholt werden. Die Stadt benötigt lt. Verordnung nur die Stellungnahme des Stadteltern- und Stadtschülerrates, Es ist zu beachten, dass die Schulentwicklungsplanung bis zum 31.12.2012 dem Landesverwaltungsamt vorgelegt werden muss. Daraus resultiert die enge Zeitkette. Die Wahl des Stadtelternrates kann am 2.11.2011 stattfinden.

Herr Marquardt, SKE, fragte IST-Zahlen z.B. für die Rosa Luxemburg Schule: die Schuljahresanfangsstatistik weicht von den Tabellen in der Vorlage ab. In Anlage 3 sind Zahlen zu 2017/18 enthalten. Er fragte, ob dies Prognosedaten sind?

Herr Weiske, Sozialplaner, führte aus, dass in der Vorlage Prognosedaten enthalten sind, da die Schuljahresanfangsstatistik mit den aktuellen Ist-Daten erst nach Redaktionsschluss Mitte September vorlag.

Herr Zschocke, Schulnetzplaner, ergänzt, dass in den Tabellen mit den Einschulungen zum Schuljahr 2017/18 die Anzahl Schüler, die vom 01.07.2010 bis zum 20.06.2011 geboren wurden, ausgewiesen wurden.

In der ersten Fassung lag die Geburtenzahl für diesen Zeitraum noch nicht vor, sodass von einem Prognosewert ausgegangen wurde. In einer Präzisierung Ende Juli erfolgte die Ausweisung der vorhandenen Geburten in diesem Zeitraum.

Die Änderung wurde im Kopf leider nicht vorgenommen. Die Tabelle enthält die Geburten lt. Einwohner- und Statistikamt mit Stand 1.7.2011.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verwies darauf, dass unter „Bezugsbeschlüsse“ auf die Bescheide mit Auflagen des Landesverwaltungsamtes Bezug genommen wird. Sie bittet darum, diese Bescheide zu den Berufsschulen den Fraktionen zur Kenntnis zu geben.

Herr Hildebrand, Amtsleiter Schulverwaltungsamt, sagte dies zu.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte, warum die Schulentwicklungsplanung nicht mit der Hortplanung zusammen vorgelegt wird.

Herr Weiske, Sozialplaner, verwies darauf, dass es sich um getrennte Planungen handelt. Die Schulentwicklungsplanung ist formgebunden und kann aus diesem Grund nicht in einer Planung zusammen mit der Hortplanung vorgelegt werden. Die Hortplanung als Teil der Kita-Bedarfs- und Entwicklungsplanung und der Grundschulplanung wird noch 2011 vorgelegt.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, ruft die einzelnen Beschlusspunkte auf.

Zu 1.1. Grundschule Glaucha:

Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion, fragte mit Hinweis auf die Turnhalle in der H.- Pera-Str., die ursprünglich durch die Glauchaschule und nunmehr durch das Cantorgymnasium genutzt wird, wie der Sportunterricht für die neuen Glauchaschule gelöst werden soll. Weiter fragte er zu den Raumfaktoren von 1,2 bzw. 1,5: Wie ist dieser Schlüssel kompatibel zum Lehrplan?

Herr Hildebrand, Amtsleiter Schulverwaltungsamt, sagte eine Beispielrechnung zu, aus der hervorgeht, dass dieser Raumfaktor lehrplangerechten Unterricht ermöglicht

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., führte aus, dass es auf Grund der Schülerzahlen in diesem Bereich nachvollziehbar ist, eine neue Schule zu eröffnen. Das Objekt habe jedoch einen großen Sanierungsbedarf, wenn es als Schule wieder betrieben werden soll. Er erwartet von der Verwaltung, dass dies nicht zu Lasten anderer Schulen, wie der Auenschule geschehe, die dringend saniert werden müssen. Es wird eine neue Prioritätenliste benötigt, die den Bau- und Sanierungsbedarf darstellt.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, unterstützte diesen Hinweis und bat, in der Liste sollten alle baulichen und Brandschutzmängel an den Schulen aufgelistet sein.

Herr Hildebrand, Amtsleiter Schulverwaltungsamt, sagte zu, diese Liste dem Protokoll beizufügen.

Herr Bau, SKE, bat um eine visualisierte Darstellung der Änderungen bei den Schuleinzugsbereichen auf einer Karte.

Herr Hildebrand, Amtsleiter Schulverwaltungsamt, sagte dies 1 x pro Fraktion zu.

Herr Senger, SKE, fragte ob das Schulgebäude in Glaucha geschlossen oder nur stillgelegt war.

Herr Hildebrand, Amtsleiter Schulverwaltungsamt, antwortete, dass die Schule geschlossen war und neu eröffnet werden muss.

Herr Senger, SKE, betonte, dass bei einer Neueröffnung der Glauchaschule der Brandschutz erfüllt sein müsse.

Herr Hildebrand, Amtsleiter Schulverwaltungsamt, sagte zu, dass die Vorstellungen zur Umsetzung der Brandschutzanforderungen dem Protokoll beigefügt werden.

Herr Bau, SKE, fragte nach, wie die Ausstattung der Grundschule Glaucha mit vorhandenen Ausstattungsgegenständen erfolgen soll.

Herr Hildebrand, Amtsleiter Schulverwaltungsamt, antwortete, dass Ausstattungen aus bisherigen Schulschließungen eingelagert sind und bei Bedarf wieder genutzt werden können.

Zu 1.2. Änderung von Schulbezirken:

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat um Korrektur der Jahresangabe auf Seite 10 von 2012/13 in 2013/14 entsprechend des Beschlusstextes.

Zu 1.3. Grundschule „Rosa Luxemburg“/Grundschule Kastanienallee:

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., bat um eine Stellungnahme der Stadtverwaltung zur Bitte der Eltern der Luxemburgschule bezüglich der Änderung des Schulbezirkes, um diesen Schulstandort zu erhalten.

Herr Senger, SEK, brachte zum Ausdruck, dass er eine Bestandsgefährdung nicht gegeben sieht, da nach der geltenden Rechtsprechung zur Jägerplatzschule nur dann eine Bestandsgefährdung bestehe, wenn eine Unterschreitung der Mindestschülerzahl über mehrere Jahre gegeben sei. Hier sei dies nur in einem Jahr so, erforderlich sei aber eine Unterschreitung in mehr als der Hälfte des Planungszeitraumes der SEPI. Insofern bestehe keine Notwendigkeit einer Schulschließung.

Herr Marquardt, SKE, bat um die Einarbeitung der Ist - Zahlen des aktuellen Schuljahres für die relevanten Schulen.

Herr Zschocke, Schulnetzplaner, fügte hinzu, dass 25 % der Schülerzahlen aus anderen Schulbezirken sind.

Herr Senger, SKE, bat um Information, warum die Kinder in dieser Schule beschult werden und nicht in den zuständigen Schulbezirken.

Herr Hildebrand, Amtsleiter Schulverwaltungsamt, erläuterte, dass diese Antwort nur das Landesverwaltungsamt geben kann, da das Landesverwaltungsamt die Elternanträge genehmige und fügte hinzu, dass eine Anfrage an das Landesverwaltungsamt gemacht wird.

Zu 1.4. Sekundarschule Halle-Süd:

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., erläuterte, dass beim damaligen Schließungsbeschluss zur Sekundarschule in der Zeitzer Str. die Umsetzung eines Modellprojektes für einen Neubau einer Sekundarschule im Süden von der Verwaltung vorgeschlagen wurde. Er bat um Information, was aus dieser Überlegung geworden sei.

Zu 1.5. Aufhebung Kabinett für Wirtschaft, Technik und Hauswirtschaft:

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., fragte, wie lange der Zustand in der Liebenauerstr. noch so bleiben wird. Er fragte nach einer Perspektive für die Unterrichtsbedingungen für den Wirtschaftsunterricht.

Herr Hildebrand, Amtsleiter Schulverwaltungsamt, führte aus, dass das Problem erst im Kontext einer Gesamtlösung für den Raumbedarf der KGS Hutten in 2-3 Jahren gelöst werden kann. Eine Lösung wird ggf. im Zusammenhang mit den Rahmenbedingungen für die neue Schulform Gemeinschaftsschule zu finden sein.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wollte die konkrete Zahl der Anmeldung für die Gesamtschulen wissen, nicht die Zahl der verfügbaren Plätze an Gesamtschulen. Sie bat um Übersendung mit dem Protokoll.

Herr Marquardt, SKE, bat um Erklärung, für welche Grundschule in Heide-Süd ein Hort benötigt wird, da ein Neubau Hort als Planungsvorhaben aufgeführt wurde.

Herr Weiske, Sozialplaner, entgegnete, dass nicht immer eine Schule in der Nähe sein muss, da die Kindertagesstätten nicht den Einzugsbereichen unterliegen und Horte als Teil der Kinderbetreuung zu verstehen sind. Deshalb können auch Eltern, die in der Nähe wohnen, ihr Kind in einen solchen Hort geben. Dafür gebe es bereits Beispiele in der Stadt.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, fragte, wer den Hort bauen will.

Herr Böhnke, Referent des Beigeordneten für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass dies nur eine Planungsüberlegung sei und es bisher keinen konkreten Träger gibt. Es wird dazu eine konkrete Begründung in schriftlicher Form erfolgen.

Zu 1.6.:

1.6.1/1.6.2 Fusion der Förderschulen Comenius und Jägerplatz

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., fragte, warum in der Jägerplatzschule eine Etage gesperrt wurde? Was sind die Hintergründe? Er möchte dazu eine schriftliche Aussage. Warum soll eine Fusion mit der Comeniuschule und nicht mit der Pestalozzischule erfolgen? Gibt es für die betroffenen Schüler eine Wahlmöglichkeit, in welche der Schulen sie gehen möchten? Wird ermöglicht, dass ganze Klassen/Klassenstufen zusammenbleiben?

Herr Hildebrand, Amtsleiter Schulverwaltungsamt, antwortete, dass es in der letzten Woche eine turnusmäßige Begehung des Bauordnungsamtes und der Feuerwehr gab, diese erfolgt regelmäßig alle 2 Jahre. Er sagte zu, die Bitte um schriftliche Aussage an das veranlassende Bauordnungsamt heranzutragen.

Herr Bau, SKE, bat darum, die Tabellen, die in der Arbeitsgruppe SEPI am 4.10.2011 vorgestellt wurden, den Fraktionen zuzusenden und dabei wenn möglich die Schülerzahlen nach Postleitzahlen aufzubereiten.

Frau Raab, FDP-Fraktion, fragte ob es eine Prüfung der Fusion der FÖS Jägerplatz und Pestalozzi gab und welche Einschätzung zum Brandschutz es für den Standort Jägerplatz gibt, da hier eine Brandmeldeanlage bestehe, die es in der Comeniusschule ihres Wissens nach nicht gebe. Gibt es weitere Brandschutzprobleme?

Herr Hildebrand, Amtsleiter Schulverwaltungsamt, sagte zu, dass die Frage aufgegriffen und beantwortet wird.

1.6.3 /1.6.4: Fusion der Förderschulen Makarenkoschule und Fröbelschule

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., fragte, warum der Termin für die Fusion der FÖS in Neustadt auf den 31.7.2012 festgelegt wurde? Er bat um eine Begründung, warum der Auszug aus einer maroden Schule und die Fusionierung in eine andere marode Schule erfolgen sollte. Er bat um eine Kostenschätzung für eine Sanierung und eine Aussage zur zeitlichen Einordnung.

Frau Dr. Sitte, Fraktion DIE LINKE., äußerte ebenfalls ihre Erwartung, dass sichergestellt wird, dass eine Standortentscheidung mit einer Entscheidung zum Sanierungszustand verbunden wird, um einen späteren Auszug in ein Ausweichquartier zu vermeiden. Hier sind evtl. Änderungsanträge der Fraktion zu erwarten.

Zu 1.7. Schließung Standort Grasnelkenweg:

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, äußerte, dass der Vollzug zu diesem Termin unproblematisch sei.

Zu 2. Festlegung der Raumfaktoren:

Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, fragte, warum in der Kursstufe der Raumfaktor von 1,8 auf 1,5 zurückgehen soll.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., bat um Untersetzung der Raumfaktoren und fragte warum diese gewählt wurden.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, fragte, ob bei Festlegung des Raumfaktors 1,5 für Gymnasien im Herder-Gymnasium künftig immer 4 zügig unterrichtet werden könne.

Herr Senger, SKE, interessierte sich für den alten Raumfaktor.

Herr Zschocke, Schulnetzplaner, antwortete, dass sich im Herder-Gymnasium dann nichts ändern würde, da dort bereits mit einem geringeren Raumfaktor in der Praxis gearbeitet wird.

Herr Hildebrand, Amtsleiter Schulverwaltungsamt, sagte dazu eine Antwort zu.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., bat um eine Erläuterung zu den Standorten der Förderschulzentren, die auf S. 71 erwähnt werden. Er fügte hinzu, dass er die Erläuterung zu Neustadt nachvollziehen kann, zur Silberhöhe/Südstadt nicht.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, sah ein Problem darin, verschiedene Förderschüler in einem Zentrum zu vereinen, bei Förderschwerpunkten emotional und sozial habe er seine Zweifel an der Sinnhaftigkeit und Praktikabilität.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., bat um eine Aussage zur KGS Humboldt und den 2-zügigen Gymnasialzweig. Er bat um eine Einschätzung, was passieren würde, wenn der Gymnasialzweig auf 3-zügig angehoben wird. Damit könnte diese Schule einfacher die gymnasiale Oberstufe bilden.

Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, regte an, die Schulleiter stärker in Beratungen der Arbeitsgruppe SEPI zu Schwerpunktthemen einzubeziehen. Er schätzte ein, dass sie zu konstruktivem Mitdenken bereit sind. So könnten gemeinsam bessere Lösungen gefunden werden.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, unterstützte diesen Vorschlag.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., bat um eine Aufschlüsselung der baulichen Mängel in den Schulen bezüglich Toiletten, gesperrte Räume, Schimmel. Dadurch werde verhindert, dass der Rat erst über Bürgerversammlungen über solche Themen informiert werde.

Herr Böhnke, Referent des Beigeordneten für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, informierte, dass im nichtöffentlichen Teil des heutigen Bildungsausschusses eine Information zum Brandschutz erfolgen wird. Er bat um Verständnis, dass eine solche Liste aktuell nicht auch schon die Kosten für die Mängelbeseitigung enthalten könne.

Damit wurde die Diskussion zu diesem TOP durch den **Ausschussvorsitzenden Herrn Schachtschneider** beendet.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat stellt mit Beschluss die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes (SEPI) der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13 mit den folgenden Einzelmaßnahmen fest.
 - 1.1. Der Stadtrat stimmt der Neueinrichtung eines Grundschulstandortes zum 01.08.2012 sowie der Neueröffnung einer Grundschule zum 01.08.2013 am Standort Heinrich-Pera-Straße 13 zu.. Die neue Grundschule soll bis auf Widerruf den Namen
Grundschule Glaucha
tragen.
Der neuen Grundschule wird der im Beschluss festgelegte Schulbezirk zugeordnet (vgl. Abschnitt I, Punkt 2.1.2).
 - 1.2. Der Stadtrat stimmt in Verbindung mit dem Beschlusspunkt 1.1 der Änderung der Schulbezirke der Grundschulen Johannesschule, „August Hermann Francke“ und „Am Ludwigsfeld“ ab Schuljahr 2012/13 zu (vgl. Abschnitt I Punkt 2.1.3).
 - 1.3. Der Stadtrat stimmt einer auslaufenden Beschulung an der **Grundschule „Rosa Luxemburg“** ab 01.08.2012 zu. Die auslaufende Beschulung endet mit der Schließung der Grundschule am 31.07.2014. Der Schulbezirk der Grundschule „Rosa Luxemburg“ wird der Grundschule Kastanienallee zugeordnet. (vgl. Abschnitt I, Punkt 2.1.3).

- 1.4. Der Stadtrat stimmt zu, den Standort Kurt-Wüsteneck-Straße 21 als dauerhaften Standort der **Sekundarschule Halle-Süd** vorzuhalten.(vgl. Abschnitt II, Punkt 2.1.1).
- 1.5. Der Stadtrat stimmt der Aufhebung des **Kabinetts für Wirtschaft/Technik, Hauswirtschaft, Liebenauer Straße 119** als eigenständige Einrichtung zu. Das Objekt wird ab 01.01.2012 schulorganisatorisch als Schulteil der KGS „Ulrich von Hutten“ geführt und im Produkt Gesamtschulen veranschlagt (vgl. Abschnitt 3, Punkt 2.1.1).
- 1.6. Der Stadtrat stimmt zu
 - 1.6.1. der Aufhebung der **Förderschule Comeniuschule und der Förderschule Jägerplatz** als eigenständige Schulstandorte zum 31.07.2012.
 - 1.6.2. der Fusion der Förderschule Comeniuschule und der Förderschule Jägerplatz ab 01.08.2012 am Standort Freimfelder Straße 88 zu einer neuen Förderschule für Lernbehinderte. Die neue Förderschule soll bis auf Widerruf den Namen **Schule Freimfelde Förderschule für Lernbehinderte Nord-Ost** tragen.
 - 1.6.3. der Aufhebung der **Förderschule Makarenkoschule und der Förderschule Fröbelschule** als eigenständige Schulstandorte zum 31.07.2012.
 - 1.6.4. der Fusion der Förderschule Makarenkoschule und der Förderschule Fröbelschule ab 01.08.2012 am Standort Trakehner Str. 1 zu einer neuen Förderschule für Lernbehinderte. Die neue Förderschule soll bis auf Widerruf den Namen **Schule am Rennbahnring, Förderschule für Lernbehinderte West** tragen.
- 1.7. Der Stadtrat bestätigt die im Schulentwicklungsplan 2010/11 - 2013/14 für die Berufsbildenden Schulen (BbS) ausgewiesene Schließung des Standortes **(Außenstelle) der BbS I/II am Graselkenweg 16** (vgl. Abschnitt IV, Punkt 2.1.1).
2. Der Stadtrat stimmt zu, dass im Rahmen weiterer Schulentwicklungsplanungen in der Stadt Halle (Saale) als Planungsgröße ein **Raumfaktor von 1,2 Unterrichtsräumen** je Klasse für die Schulform Grundschulen angewandt wird. Für alle anderen Schulformen allgemeinbildender Schulen wird als Planungsgröße ein Raumfaktor von 1,5 Unterrichtsräumen je Klasse festgelegt (vgl. Abschnitt I, Punkt 2.1.1).
3. Der Stadtrat nimmt die in Verbindung mit der Schulentwicklungsplanung stehenden Planvorhaben anderer Bereiche zur Kenntnis.
Die Verwaltung wird beauftragt, zur Umsetzung dieser Maßnahmen (vgl. Abschnitt I – IV, Punkt 2.3 Tangierende Aufgabenbereiche) die entsprechenden Planungen vorzubereiten, einzuleiten und entsprechende Beschlussvorlagen dem Stadtrat zeitnah zur Entscheidung vorzulegen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Fortschreibung zur Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2013/14 über den Realisierungsstand dieser Maßnahmen zu berichten.

**zu 4.2.1 Antrag des Stadtrates René Trömel (Fraktion DIE LINKE.) zur
Möglichkeit einer mündlichen Anhörung von betroffenen Schulen im
Rahmen der Schulentwicklungsplanung
Vorlage: V/2011/10173**

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, stellte folgenden Antrag zur Abstimmung:

Der Bildungsausschuss legt fest, in der 2. Lesung der Vorlage zur SEPI im Bildungsausschuss am 8.11.2011 Eltern-, Schüler- und Lehrervertretern der von den Beschlussvorschlägen betroffenen Schulen, die auch schriftlich zur Anhörung aufgefordert wurden, die Möglichkeit der mündlichen Anhörung zu geben. Die Verwaltung wird gebeten, dafür ein begrenztes Zeitfenster in der Zeitplanung und Einladung vorzusehen. Die Schulen sind über die Anhörungsmöglichkeit zu informieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Bildungsausschuss legt fest, in der 2. Lesung der Vorlage zur Schulentwicklungsplanung (V/2011/09930) im Bildungsausschuss am 8.11.2011 Eltern-, Schüler- und Lehrervertretern der von den Beschlussvorschlägen betroffenen Schulen, die auch schriftlich zur Anhörung aufgefordert wurden, die Möglichkeit der mündlichen Anhörung zu geben. Die Verwaltung wird gebeten, dafür ein begrenztes Zeitfenster in der Zeitplanung und Einladung vorzusehen. Die Schulen sind über die Anhörungsmöglichkeit zu informieren.

zu 5 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 5.1 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Bereitstellung von Schulwegplänen auf der städtischen Internetseite** **Vorlage: V/2011/10020**

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begründete den Antrag. Die geforderte Darstellung der Pläne im Internet ist erfolgt. Diese ist aber nicht so benutzerfreundlich und schlecht zu handhaben. **Frau Krausbeck** teilte ein Handout mit einem Beispiel aus Karlsruhe aus, auf dem deutlich weniger Informationen enthalten seien, was den Eltern ermöglichen würde sich einen übersichtlichen Schulwegeplan mit erkennbaren Gefahrenstellen und Verkehrssicherheitseinrichtungen selbst auszudrucken. Auch in der halle'schen Darstellung sollte der Detailumfang reduziert werden. Diesen Auftrag an die Verwaltung zu erteilen, sei das Ziel des Antrages.

Frau Raab, FDP Fraktion, fragte nach dem Nutzen und dem Bedarf für einen solchen Schulwegplan. Sie empfinde diese Forderung als praxisfremd, da verantwortungsbewusste Eltern den Schulweg mit den Kindern praktisch ablaufen.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., unterstützte den Antrag, da sich die Bürger verstärkt über das Internet informieren und dies benutzerfreundliche Informationen bieten sollte.

Frau Stahs, SKE, fragte, ob die Entfernung von der Schule zur Wohnung, z.B. durch eine Darstellung von Umfeldkreisen um eine Schule mit angegeben werden könnte, um eine Orientierung für die Mindestentfernung bei der Schülerbeförderung zu haben.

Frau Dr. Radig, Ressortleiterin Schule, erläuterte, dass diese Darstellung der Entfernung nur näherungsweise wäre, da der konkrete Schulweg nicht für jeden Haushalt ausgewiesen werden könne. Zudem gibt es in Halle sehr großflächige Schulbezirke, die kaum auf ein A4 Format gedruckt werden können. Die Darstellung in Halle basiere bewusst auf einer Darstellung im Geoinformationssystem, da darüber auch die Berechnungen der Schulwege möglich sind. Andere Städte nutzen andere Oberflächen, wodurch deren Darstellungen schematischer und z.T. detailärmer sind. Gefahrenstellen werden auch in Halle ausgewiesen.

Herr Senger, SEK, würde es begrüßen, wenn die Karten die Standorte der Schülerlotsen enthalten würden. Ab diesen Punkten wäre dann ein gefahrloser Schulweg gegeben.

Frau Dr. Wünsch, CDU-Fraktion, kritisierte, dass Bedarfe erzeugt werden, die nicht nachvollziehbar sind.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erwiderte, dass diese Schulwegepläne dazu dienen sollten, die Begleitmobilität der Eltern zu verringern.

Herr Marquardt, SKE, fragte sich, ob es nicht zu überdenken wäre, diese Pläne auch in Halle möglich zu machen, da andere Städte bessere Oberflächen anbieten.

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit, Gesundheit und Sport, vertrat die Auffassung, dass die vorliegenden Schulwegpläne der Verwaltung den Anforderungen des

Antrages entsprechen. Wenn der Rat dies nicht als angemessen umgesetzt sehe, stehe es in seinem Ermessen eine andere Forderung zu stellen. Sofern die gewünschten Änderungen an der Gestaltung angemessen sind, wenn es technisch möglich ist und keine Zusatzkosten verursacht, sollten die Hinweise auch von der Verwaltung umgesetzt werden.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., sah nicht, dass der Antrag erledigt ist, denn z. B. in Karlsruhe sind die Gefahrenstellen besser dargestellt, wenn die Verwaltung sowieso verbessere, dann sollten auch in Halle die Gefahrenstellen auf den Schulwegen besser dargestellt werden.

Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, war der Meinung, dass die Schulwegepläne von Karlsruhe und Halle in keiner Weise vergleichbar sind, denn die Schulbezirke in Karlsruhe sind offenbar kleiner und daher auch besser darstellbar und es liegen völlig andere Maßstäbe zugrunde. Er vertrat die Meinung, wenn es nichts zusätzlich kostet, dann ist die Erweiterung ok, sonst sollte das Geld besser in die Schulen gesteckt werden.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, hob hervor, dass vor allem geeignetere Druckausschnitte möglich sein sollten und bat um Zustimmung zum Antrag

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, beendete die Diskussion und stellte den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zeitnah alle vorliegenden Schulwegpläne in übersichtlicher Darstellung von sicheren Schulwegen und Gefahrenstellen auf der städtischen Homepage (jeweils bei den einzelnen vorgestellten Schulen) in benutzerfreundlicher Form zum Download und zusätzlich den Schulen für deren Internetauftritte zur Verfügung zu stellen.

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Umsetzung Konjunkturpaket II

Herr Hildebrand, Amtsleiter Schulverwaltungsamt, informierte zum Konjunkturpaket II, aktuell laufen die Prüfungen und Zusammenstellungen der Abrechnungsunterlagen. Nacharbeiten des EB ZGM im Kommunalen Bildungszentrum sind abgeschlossen.

zu 7.2 Bericht zur Einführung des neuen Schülertickets

Frau Dr. Radig, Ressortleiterin Schule, ergänzte den vorliegenden Bericht mit aktualisierten Zahlen (Stand 4.10.11), diese Zahlen sind z.T. in der Tischvorlage am Ende aufgeführt.

4.825 Zeitkarten sind ausgegeben worden (2010: 5000)
1.103 Anträge wurden abgelehnt
38 schriftliche Beschwerden
7 Klagen
360 Freizeittickets wurden verkauft
2010/11 erhielten 18,31 % aller Schüler eine Karte, 2011/12: 17,77 %

zu 7.3 Bericht zur Schulsozialarbeit im Rahmen von Bildung und Teilhabe V: Amt für Kinder, Jugend und Familie

Frau Brederlow, Amtsleiterin Amt für Kinder, Jugend und Familie, teilte ein Handout zum Bericht zur Schulsozialarbeit aus. Die fachliche Koordinierung auch zur Schulsozialarbeit nach SGB II soll im Bereich des Amtes 51 bleiben, die Finanzierungsfragen sind in Zuständigkeit des Sozialamtes.

Es gibt neben der Finanzierung nach SGB II ein Landesprogramm für Schulsozialarbeiter – die Programme sind zeitlich befristet und laufen relativ zeitgleich aus.

Es gibt noch die ungeklärte Frage, wer finanziert die Stellen bei Auslaufen der Programme?

Ab November erfolgt die zentrale Steuerung der Schulsozialarbeit und die Planung ab 2015 im Amt 51 mit je einer Stelle pro Ressort. Ab Januar sollen bei freien Trägern Schulsozialarbeiter die Arbeit beginnen und eng an gemachte Erfahrungen und Strukturen anknüpfen.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., bat um Anwesenheit von **Frau Brederlow, Amtsleiterin Amt für Kinder, Jugend und Familie**, im nichtöffentlichen Teil.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., fragte nach der Umsetzung des Ersten Grundsatz- und Baubeschlusses.

Herr Hildebrand, Amtsleiter Schulverwaltungsamt, teilte mit, dass im nächsten Amtsblatt die Ausschreibung erfolgen wird.

Herr Bielecke, Betriebsleiter EB ZGM, bestätigte dies. Gemäß Beschluss werde die Ausschreibung im Paket erfolgen. Die Vergabeentscheidung soll noch 2011 herbeigeführt werden.

Frau Dr. Wünscher, CDU Fraktion, fragte nach, ob in den Schulen das Programm „Kinder zum Olymp“ bekannt sei und wie viele Schulen sich beteiligt hätten. Wenn diese Zahl nicht bekannt sei, bat sie um Abfrage bei den Schulen.

Herr Kneissl, SKE, informierte, dass die Schulverwaltung die Schulen zu diesem Programm per Mail informiert hat.

Herr Kneissl, SKE, führte aus, dass **Herr Kogge** zugesagt hatte, bei den Sekundarschulen eine andere Regelung für die Gewährung der Schülerzeitkarte zu finden. Auch bei Beschulung außerhalb des zuständigen Einzugsbereiches auf Wunsch der Eltern, z.B. infolge von Umzügen u.ä. sollte eine andere Lösung gefunden werden. Welchen Stand haben die Überlegungen der Verwaltung erreicht? Im Bericht fehlen dazu Ausführungen, wie diese Ungleichbehandlung der Schulform z.B. im Vergleich zu Gesamtschulen abgebaut werden kann. Laut Bericht betrifft es 47 Schüler. Welchen Stand haben die Nachverhandlungen mit der HAVAG? Was passiert mit den Schülern, die jetzt einen Antrag stellen? Sie müssen die teurere Monatskarte privat vorfinanzieren um sie dann der Stadt in Rechnung zu stellen. Wie ist das in Zukunft angedacht

Herr Senger, SKE, stellte die Ungleichbehandlung derjenigen dar, die die Karte erst später beantragen. Sie erhalten eine vollständige Erstattung einer Karte, die dann rund um die Uhr genutzt werden kann. Im Bericht wird auf eine übertragbare Jahresabokarte zum Preis 486 € verwiesen. Eine solche Karte gebe es nicht. Er führte aus, dass es nach seinen Berechnungen auch keine Mindereinnahme sondern eine Minderausgabe gebe. Dazu übergab er an alle Fraktionen ein Papier mit Berechnungen, die das belegen.

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit, Gesundheit und Sport sagte eine Prüfung des Materials und eine schriftliche Antwort durch die Verwaltung zu.

Herr Marquardt, SKE fragte erneut zum Auszug Grundschule Riesenklein nach, denn die angekündigte Antwort liege noch nicht vor.

Herr Böhnke, Referent des Beigeordneten für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, informierte, dass die Antwort schriftlich nachgereicht wird, er entschuldigte sich für die nicht erfolgte Antwort. Die Antwort wird vor dem nächsten Bildungsausschuss erfolgen.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach, inwieweit die Schülerbeförderung eine Maßnahme der Haushaltskonsolidierung sei, dies sei ihr nicht bekannt.

Herr Böhnke, Referent des Beigeordneten für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, sagte eine schriftliche Antwort zu.

Herr Bau, SKE, fragte zur Schulsozialarbeit, ob es eine Abstimmung zwischen der Stadt und der Villa Jühling gebe. Gibt es ferner einen Kontakt zu Professor Olk für eine wissenschaftliche Begleitung des Projektes? Fachlich sei schulbezogene Jugendarbeit ist etwas anderes als Schulsozialarbeit. Dies bat er zu berücksichtigen.

Frau Brederlow, Amtsleiterin Amt für Kinder Jugend und Familie, betonte, dass ihr dieser Unterschied bekannt sei. An vorhandene Netzwerkpartner werde angeknüpft, eine wissenschaftliche Begleitung sei derzeit noch nicht angedacht, aber eine gute Anregung. Wichtig sei zwischen beiden Programmen keine Konkurrenz entstehen zu lassen.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., fragte nach dem Stand der Übertragung des Schulumweltzentrums Franzigmark.

Frau Dr. Radig, Ressortleiterin Schule, teilte mit dass laut einer Information von Dezernat V dem Träger ein aktualisierter Vertragsentwurf letzte Woche zugegangen sei, in dem Änderungswünsche eingearbeitet seien. Eine Antwort vom BUND auf die Vertragsangebote steht noch aus.

Über die Regelungen zur Ökoschule, die zwischen dem Träger und dem Schulverwaltungsamt zu vereinbaren sind, findet am 27.10.11 ein erstes Gespräch statt.

zu 9 Anregungen

Herr Senger, SKE, informierte, dass der Stadtelternrat eine Umfrage zum Verfahren der Ausgabe der Schülertickets gemacht habe. Das Umfrageergebnis liege jetzt vor. Von vielen Schulen sei das Verfahren als aufwändig und bürokratisch beschrieben worden. Er teilte mit, dass er in dieser Sitzung letztmalig offiziell als Stadtelternratsvorsitzender teilnimmt, da demnächst die Neuwahl des Stadtelternrates erfolgt.

Für die Richtigkeit:

Datum: 23.11.11

Dr. Radig
Protokollführerin

Andreas Schachtschneider
Ausschussvorsitzender